

SoVD

Sozialverband Deutschland

Soziales im Blick

Nr. 10

SoVD-Zeitung | Ausgabe Berlin / Brandenburg

Oktober 2018



Fotos: Laurin Schmid, Wolfgang Borrs

SoVD-Präsident Adolf Bauer (li.) eröffnete den Parlamentarischen Abend. Im Publikum saßen neben Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke (Mi.) der Staatssekretär Marco Wanderwitz (li.) und der frühere Hamburger Senator Axel Gedaschko.

Parlamentarischer Abend des SoVD widmet sich den steigenden Mieten

Wohnen ist eine soziale Frage

Fehlender Wohnraum und steigende Mieten belasten immer mehr Menschen in Deutschland. Diesem Problem widmete sich auch der Parlamentarische Abend des SoVD in Berlin. Dabei warnte Verbandspräsident Adolf Bauer eindringlich vor einer Spaltung unserer Gesellschaft. Wohnen, so Bauer, sei eine soziale Frage, bei der nicht das Recht des Stärkeren gelten dürfe.

Das ehemalige Reichstagspräsidentenpalais ist heute Sitz der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Bereits während der Weimarer Republik trafen sich in dem Gebäude die Abgeordneten. Hier fand am 25. September erneut der Parlamentarische Abend des SoVD statt. Zu den zahlreichen Gästen zählten Abgeordnete des Deutschen Bundestages ebenso wie Vertreterinnen und Vertreter befreundeter Ver-

bände, Gewerkschaften und Organisationen sowie natürlich aktive SoVD-Mitglieder.

Steigende Mieten machen Wohnen zur sozialen Frage

Der Abend stand unter dem Motto „Gutes Wohnen – überall, für alle!“. In der Eröffnung machte Adolf Bauer deutlich, was den Verband dabei antreibt: „Wenn in den Ballungszentren und darüber hinaus bezahlbarer Wohnraum für

kleine und auch mittlere Einkommen kaum noch vorhanden ist beziehungsweise so viel Einkommen für die Miete aufgezehrt wird, dass letztendlich zu wenig Geld zum Leben bleibt, dann wird Wohnen zu einer sozialen Frage und damit zu einem Thema für den SoVD.“

Bauer kritisierte, dass sich Bund, Länder und Kommunen im Zuge von Deregulierung und Privatisierung aus ihrer

Fortsetzung auf Seite 2

Land in Sicht – Ärzte leider nicht

Gesetzentwurf soll bessere medizinische Versorgung erreichen

Seite 3



Blindenfußballer schießt „Tor des Monats“

Premiere bei Abstimmung der „Sportschau“

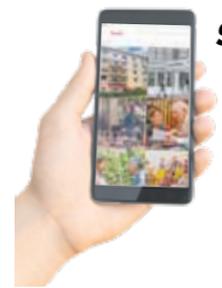
Seite 5



Jetzt geht's richtig App

Neue Funktionen in der SoVD-Magazin-App

Seite 15



Erfolg vor dem Bundessozialgericht

Unfallopfer kommt erst durch Hilfe des SoVD zu seinem Recht

Seite 5

Blaues Wunder mit Sprechblase

Vor 60 Jahren tauchen die Schlümpfe erstmals in einem Comic auf

Seite 24



Anzeige



Unsere Berater finden für Sie die passende Sterbegeldversicherung!

Entlasten Sie Ihre Angehörigen und decken alle Kosten ab!

- ✓ Aufnahme bis zum 85. Lebensjahr
- ✓ Keine Gesundheitsfragen
- ✓ Keine Wartezeiten
- ✓ Günstiger Gruppentarif für VVS-Versicherte

Jetzt kostenlos beraten lassen.

030 - 726 222 401

www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



Blickpunkt

Immer mehr Menschen bewegt die Sorge, keinen bezahlbaren Wohnraum mehr zu finden. Vor allem Arbeitsuchende, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung konkurrieren um die schrumpfende Anzahl erschwinglicher Wohnungen. Das ist entwürdigend für die Betroffenen. Aber schlimmer noch: Es ist für sie eine existenzielle Frage! Denn auf angemessenen Wohnraum kann niemand verzichten. Und wenn in Ballungszent-

ren und längst auch anderswo günstiger Wohnraum für kleinere und mittlere Einkommen rar ist, dann müssen Menschen so viel für die Miete aufwenden, dass nicht genug Geld zum Leben bleibt. Etwa zwei Millionen bezahlbare Wohnungen fehlen in Deutschland – eine Tatsache, die nicht länger kleinzureden ist. Im Zuge der Deregulierung haben sich Bund, Länder und Kommunen zunehmend aus der Verantwortung zurückgezogen. Aus unserer Sicht gehört die

Bereitstellung von Wohnraum jedoch zur staatlichen Daseinsvorsorge. Deshalb fordern wir ein umfassendes Investitionsprogramm für die öffentliche Wohnungsbauförderung. Auch das löst das Problem nicht sofort: Wohnungen müssen erst gebaut werden; die Mietpreisbremse lindert allenfalls. Ganz oben auf die Agenda gehört deshalb eine Arbeitsmarktpolitik, die gleichzeitig höhere Haushaltseinkommen schafft.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident